

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/146

Bonn, Mittwoch den 3. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 3 Die Ziele der Deutschen Sozialdemokratie 142

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

4 Spiel mit gezinkten Karten 50

Fehlinvestitionen im oberbayerischen
Bachkohlenbergbau aus "psychologischen Gründen"

4a Hiroshima - Weg ohne Umkehr ? 46

Ein erinnerungsschweres Datum
Von Dr. Manfred Geßner

5 - 6 Die Sklaverei existiert noch immer 54

Überbleibsel aus dunkler Zeit
Von Pierre Simonätsch, Genf

+ + +

Die Ziele der Deutschen Sozialdemokratie

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 19. September wählen die Bürger der Bundesrepublik Deutschland einen neuen Bundestag und entscheiden damit zugleich über die Voraussetzungen für die Zusammensetzung der nächsten Bundesregierung. Angesichts der anstehenden europäischen und internationalen Probleme kommt der Wahlentscheidung keine geringe Bedeutung zu. Dies gilt auch im Hinblick auf die vielen ungelösten innenpolitischen Fragen, vor denen die Menschen im freien Teil Deutschlands stehen.

Die deutschen Sozialdemokraten haben in den verschiedenen Ländern, an der Spitze der meisten deutschen Städte, aber auch durch ihre konstruktive Opposition in Bonn den Beweis dafür erbracht, daß sie fähig sind, Verantwortung zu tragen und Entscheidungen zu fällen. Diese Tatsache wird jetzt von einem größeren Teil der deutschen Öffentlichkeit anerkannt. Ganz anders als noch vor vier Jahren, kann man diesmal von einer Kopf-an-Kopf-Rennen sprechen, was die beiden großen Parteien angeht.

Alles deutet darauf hin, daß dies ein Wahlkampf sein wird, in dem die innenpolitischen Themen dominieren. Jedenfalls ist dies die Absicht der Sozialdemokraten. Wir haben uns auf ein Programm der Erneuerung und Demokratisierung konzentriert. Was wir die vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben nennen, wird im Prinzip auch von der Partei Adenauers und Erhards nicht mehr bestritten:

- * Bildung und Wissenschaft,
- * Volksgesundheit,
- * Volksversicherung,
- * Erneuerung der Gemeinden
- * und des Verkehrswesens.

Wir haben es jedoch mit einer Lage zu tun, in der die Staatsfinanzen überanstrengt worden sind. Das Jahr 1966 wird deshalb zu einem Jahr der finanziellen Konsolidierung gemacht werden müssen. Eine Finanzreform, durch die Aufgaben und Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden klarer geregelt werden, ist außerdem seit langem fällig. In der Wirtschaftspolitik stellt sich auch für das jetzige Regierungslager heraus, daß die Rezepte von 1948/49 nicht mehr ausreichen und daß es eines bewußteren staatlichen Verhaltens bedarf. In der Bevölkerung gibt es darüber hinaus Sorgen wegen der Preisentwicklung, die in den letzten anderthalb Jahren stärker angezogen hat. Wir nehmen uns vor, diese Entwicklung durch Globalsteuerung und am "runden Tisch" in den Griff zu bekommen.

Einweise auf Skandinavien und auf Schweden in besonderen haben schon im Vor-Wahlkampf eine gewisse Rolle gespielt. Aus sozialdemokratischer Sicht lag es nahe, auf gute Beispiele in den nordischen Ländern zu verweisen. Ideologisch besonders interessierte Kreise aus dem Lager der Christlichen Demokraten haben ihrerseits eine Kampagne gestartet, in der der angebliche Verfall der Sitten in Schweden eine Hauptrolle spielt, aber auch ökonomische und sozialpolitische Argumente eine Rolle

spielen. Ich habe nicht den Eindruck, daß diese Argumentation die Wähler besonders interessiert.

* * *

Betrachtet man die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit, besonders unter dem Gesichtspunkt der EWG und der EFTA, so besteht kein Zweifel daran, daß eine handelnde, die Probleme frühzeitig erkennende und nach ihrer Lösung suchende, deutsche Regierung eine beträchtliche Rolle spielen könnte.

Die letzten Wochen, hier besonders die Haltung der französischen Staatsführung zu den Fragen der europäischen Gemeinschaft, haben gezeigt, daß wir weit davon entfernt sind, das Werk der Sechse als vollendet betrachten zu können. Sicherlich ist es falsch, nun der Resignation verfallen zu wollen und so zu tun, als ob alles, was bisher seit den Verträgen von Rom im Rahmen der EWG an Praktischem und Konkretem erreicht worden ist, verloren sei. Die innere Verflechtung des gemeinsamen Marktes hat einen solchen Stand erreicht, daß es sehr schwer sein dürfte, den Weg wieder zurückzugehen. Das lassen die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und Wirklichkeiten nicht mehr zu.

Aber auch ein Stagnieren des Gemeinschaftswirkens ist für Europa, nicht nur für die Sechse allein, ein Rückschlag. Das muß man erkennen, auch wenn es schmerzlich ist. Um so mehr müssen die fünf Partner Frankreichs alles versuchen, damit Paris an den Verhandlungstisch zurückkehrt. Das ist nicht im Sinne einer Kapitulation vor unbilligen französischen Forderungen gemeint, sondern als ein Auftrag, nüchtern und bestimmt die französische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß Zusammenarbeit zwischen Völkern und Staaten die Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Beteiligten einschließt.

Der Bundesrepublik Deutschland fällt hierbei eine besondere Aufgabe zu, der sie sich nicht entziehen kann und der sie sich auch nicht entziehen sollte. Die deutsch-französische Zusammenarbeit, zu der sich die deutschen Sozialdemokraten immer bekannt haben und zu der sie entscheidende Beiträge zu einer Zeit geleistet haben, als die konservativen Kräfte in Deutschland diese Notwendigkeit noch nicht erkannten, schließt eine enge Konsultation der beiden Regierungen ein. Ich glaube, daß es in dieser Hinsicht auf beiden Seiten Verständnis gegeben hat. Ein offenes Wort unter Verbündeten muß immer möglich sein. Wir deutschen Sozialdemokraten sind für dieses offene Wort.

* * *

Eine deutsche Bundesregierung muß glaubhaft darlegen können, daß sie für jeden Schritt ist, der die europäische Zusammenarbeit verstärkt. Hierbei kommt es vor allem auch darauf an, daß die Verbindungen zwischen der EWG und der EFTA nicht abreißen, sondern im Gegenteil ausgebaut und fruchtbar gemacht werden.

Natürlich möchten wir versuchen, den europäischen Zusammenschluß ein Stück weiter vorwärts zu bringen. Aber wir wissen, daß es dabei Rücksicht auf diejenigen Länder des freien Europa zu nehmen gilt, denen besondere Bedingungen nicht erlauben, sich über den wirtschaftlichen Zusammenschluß hinaus auf das Gebiet der politischen Integration zu begeben. Zugleich sollte aufmerksam mitbedacht werden, wie die verschiedenen Einrichtungen der europäischen Einigung Einfluß nehmen können, um

durch eine Wiederbelebung der alten Handelsströme zwischen West- und Ost-Europa gesamteuropäische Probleme einer Lösung näher zu bringen. Es gehört mit zu unserer sozialdemokratischen Politik, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland stets für die Herstellung von Wirtschaftsbeziehungen zu unseren südosteuropäischen und osteuropäischen Nachbarn eingetreten sind; denn Europa hört an der Weichsel nicht auf.

* * *

Bei allen unseren Überlegungen eines engeren europäischen Zusammenschlusses sehen wir sofort eine enge Verklammerung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika. Eine solche Partnerschaft könnte die großen Aufgaben besser lösen, vor die die politischen, wirtschaftlichen und technologischen Umwälzungen unserer Tage die Völker Europas und Amerikas stellen. John F. Kennedy hat diese Konzeption als politisches Instrument einer auf die Zukunft gerichteten freien Welt entwickelt; die deutschen Sozialdemokraten haben in dieser Konzeption einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der europäisch-amerikanischen Beziehungen erblickt.

Wir Deutsche, die im freien Teil unseres Landes leben, wissen, daß ohne das Bündnis mit der USA die Sicherheit und damit die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland nicht erhalten werden können. Unter den obwaltenden Umständen gibt es keinen Ersatz für den Schutz durch unsere amerikanischen Verbündeten. Deshalb treten wir für die Erhaltung der amerikanischen Garantien zur Sicherung unserer Freiheit und der unserer europäischen Nachbarn ein. Westeuropa kann für sich allein keinen wirksamen Schutz aufbauen.

* * *

Über die bestehenden Institutionen und Organe hinweg, denen die Bundesrepublik Deutschland sich verbunden hat, werden die Beziehungen zu den Ländern in Asien und Afrika immer entscheidender. Die sozialdemokratischen Parteien in Europa haben die Bedeutung dieser Entwicklung frühzeitig erkannt und sich bemüht, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit afrikanischen und asiatischen Organisationen die Brücken der Verständigung zwischen den Kontinenten zu schlagen und tätige Hilfe beim Aufbau moderner staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen zu leisten. Hier bewährt sich, wenn auch leider noch allzu begrenzt, die praktische Solidarität der Sozialdemokraten über die Erträge hinweg.

* * *

Die SPD als eine deutsche Partei in der europäischen Verantwortung und mit internationaler Verpflichtung stellt sich der Wirklichkeit. Weil sie aus ihrer eigenen Erfahrung und angesichts der ständigen Unterdrückung von 17 Millionen Deutschen einen besonderen Aspekt des Neo-Kolonialismus kennt, weil sie sich mit den nationalen Befreiungsbewegungen in Übersee einig, weil sie in Europa eine Lösung für die Zukunft, für eine friedliche Zukunft sieht, unterstützt sie jeden vernünftigen Schritt, der Europa stärkt.

Die Bundesrepublik Deutschland unter der Verantwortung einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wird sich entscheidend darum bemühen, den Frieden so sichern zu helfen, daß der Raum der Sicherheit und der Freiheit erweitert wird. Es liegt auf der Hand, daß die deutschen Sozialdemokraten sich ohne Illusionen bemühen werden, die verschiedenen Aspekte der deutschen Frage wieder in das internationale Gespräch zu bringen und sie mit allgemeinem Sicherheitsinteresse auf einen Nenner zu bringen.

* * *

Spiel mit gezinkten Karten

Fehlinvestitionen im oberbayerischen Pechkohlenbergbau aus "psychologischen Gründen"

H.B. - Trotz aller Bemühungen des bayerischen Wirtschaftsministers Dr. Schedl, die Bergarbeiter in den oberbayerischen Pechkohlengruben in Penzberg und Bayern wenigstens bis nach dem 19. September über das künftige Schicksal im Ungewissen zu lassen, mußte die CSU - nachdem die IG Bergbau und Energie nachdrücklich eine Klärung verlangt hatte - jetzt zugeben, daß zumindest die Kohlenzecken in Penzberg nicht mehr gehalten werden können. Allen bisherigen Versprechungen und Trostversuchen zum Trotz.

Daß es dem deutschen Bergbau im allgemeinen und dem oberbayerischen Pechkohlenbergbau im besonderen nicht gut geht, ist seit Jahren kein Geheimnis mehr. Dennoch erweckten die bayerische Regierung und die zur Hibernia AG und damit der bundeseigenen VEBA gehörende Oberbayerische AG für Kohlenbergbau bis zuletzt den Anschein, als ob den Bergarbeitern in Penzberg und Hausham die Arbeitsplätze erhalten bleiben könnten. "Aus übergeordneten Gründen", wie es hieß. In Penzberg sollte sogar ein Kraftwerk zur "Verstromung" der anfallenden Pechkohle gebaut werden. Der Haushaltsausschuß des Bundestages bewilligte deshalb im Juli 1964 für das 100-Millionen-Vorhaben "aus übergeordneten Gründen" einen Bundeszuschuß von 26,6 Millionen Mark, obschon die Abgeordneten aller Fraktionen überaus sauer reagierten, als ihnen gesagt wurde, die bayerische Regierung wolle höchstens mit einer Million DM "einsteigen". Schon damals legte man Mißtrauen in die vor allem von bayerischer Seite vorgetragenen "übergeordneten Gründe".

Im Mai dieses Jahres wurde tatsächlich auch mit dem Bau des Penzberger Pechkohlenkraftwerks begonnen, aber jetzt, im Juli, wurden die Arbeiten wieder eingestellt. Erst zu diesem Zeitpunkt, als die IG Bergbau und Energie verlangte, man möge doch endlich die Karten offen auf den Tisch legen, erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende der Hibernia-Bergbau und der Oberbayerischen AG für Kohlenbergbau:

- *der Kraftwerksbau sei überhaupt nur aus "psychologischen Gründen"
- *noch begonnen worden, denn die mangelnde Rentabilität habe bereits
- *festgestanden.

Die Fehlinvestitionen von nur zwei Millionen DM (das Grundkapital der Oberbayerischen AG für Kohlebergbau beträgt sieben Millionen, bezeichnete Aufsichtsratsvorsitzer von Dewall als "relativ unerheblich").

Tatsache ist aber, daß in Penzberg mehr als nur zwei Millionen verloren gegangen sind. Verloren gegangen ist nämlich auch das Vertrauen in die Zusagen jener CSU-Politiker und Wirtschaftler, die absichtlich mit gezinkten Karten spielten; sei es aus psychologischen oder parteipolitischen Motiven.

Daß das Öl nicht nur der Ruhrkohle, sondern vor allem auch der Pechkohle zu schaffen machen würde, war seit langem klar und kaum zu vermeiden. Ungehörig war es aber, daß jene, die darüber sehr genau Bescheid wußten, die direkt Betroffenen jahrelang an der Nase herumführten und dabei noch Millionen aus "psychologischen Gründen" vergebten.

Übrigens: Bundesschatzminister Dollinger hat angekündigt, die 26,6 Millionen DM Bundeszuschuß für das Penzberger Kraftwerk würden jetzt zur Haldenfinanzierung und dergleichen verwendet...

Hiroshima - Weg ohne Umkehr ?

Ein erinnerungsschweres Datum

Von Dr. Manfred Geßner

Als Prometheus den Göttern das Feuer gestohlen hatte, stand das Menschengeschlecht an einem Scheideweg. Von nun an konnte es sich am Feuer erwärmen und seine Speisen besser als vorher zubereiten. Gleichermassen vermochte es jedoch die urgewaltige Brunst des Feuers zur Niederbrennung von Hütten, Dörfern und Städten zu mißbrauchen. Die Tat des Prometheus brachte für die Erdenbewohner sowohl Segen als auch Fluch. Nicht anders verhielt es sich, als die Wissenschaft dem Geheimnis des Atoms auf die Spur kam und durch dessen Spaltung gewaltige Energien auslöste. Wieder standen die Menschen vor der Frage: Fluch oder Segen? Diesmal jedoch in ganz anderen Dimensionen. Einerseits konnte die freigesetzte Kraft des Atoms den Menschen in vielfältiger Weise zu Diensten sein, andererseits bedrohte nunmehr die millionenfache Vernichtung von Erdenbürgern auf einen Schlag als Gespenst des Weltuntergangs den Erdball.

Als am 6. August 1945 über Hiroshima zum ersten Mal eine Atombombe abgeworfen wurde, war ein Weg eingeschlagen worden, der die Menschheit in Richtung ihrer Ausrottung durch sich selbst führte. Im Gegensatz zu früher war von jetzt ab die technische Möglichkeit dazu vorhanden. Kur Wille, Vernunft und gegenseitige Furcht gaben ab nun den Ausschlag. Das mag uns zunächst beruhigen, und dennoch steht unser Schicksal im Schatten des drohenden Atompilzes. Ob er eines Tages für viele Millionen das Zeichen ihres Todes wird, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit die weitere Streuung des Besitzes von Atomwaffen verhindert werden kann. Die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes wächst proportional zu ihrer Verbreitung.

Dieser Erkenntnis folgend hat die Sozialdemokratische Partei in ihrem Godesberger Programm die "völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt" zu einem Prinzip ihrer Politik erhoben. Der gleichfalls geforderte Verzicht der Bundesrepublik auf Herstellung und Verwendung solcher Kampfmittel ist daher nur folgerichtig. Die Sozialdemokratische Partei würde daher begrüßen, wenn als Ergebnis der derzeitigen Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz ein Vertrag zur Nichtweiterverbreitung der Atomwaffen zustandekäme. Dies schließt die Beteiligung der Nichtatommächte an der nuklearen Strategie des Bündnisses nicht aus. Es ist durchaus möglich, daß dadurch ein Ventil geschaffen wird, durch das der Druck des Verlangens mancher Regierungen nach Kernwaffen entweicht.

Mit Beängstigung muß man zur Kenntnis nehmen, daß immer mehr Staaten in der Lage sind, Atomspaltung bzw. - Verschmelzung kriegerischen Zwecken dienstbar zu machen. Ein Vertrag, durch den die Zahl der Atom-mächte begrenzt werden soll, kann nur dann wirksam sein, wenn zumindest alle bereits atomar ausgerüsteten Staaten ihre Zustimmung geben. Aber auch ein Abkommen zwischen den beiden Atomgiganten, Washington und Moskau, gäbe der Welt Grund zur Hoffnung.

Die Sklaverei existiert noch immer

Überbleibsel aus dunkler Zeit
Von Pierre Simonitsch, Genf

Etwa zweieinhalb Millionen Menschen befinden sich noch immer in einem Zustand der Leibeigenschaft, vor allem in Südamerika, während es im afro-asiatischen Raum noch eine Viertelmillion "klassischer" Sklaven gibt. Diese Zahlen gehen aus einem Rapport des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (Ecosoc), der gegenwärtig in Genf tagt, hervor. Die für einige südamerikanischen Staaten typische Form der Leibeigenschaft ist unter der indianischen Bezeichnung "Huasipungo" bekannt. Ein Huasipungo ist eine bescheidene Landparzelle an der Grenze eines Großgrundbesitzes, deren "Pachtgebühr" in Arbeitsleistung abgegolten werden muß. Die Männer werden mehrere Tage pro Woche zu Diensten auf der "Estancia" eingestellt, während den Frauen die Hausarbeiten für den Großgrundbesitzer zufallen. Daß die betroffenen Personen wirkliche Leibeigene sind, wird dadurch klar, daß es ihnen nicht erlaubt ist, ihre Parzelle zu verlassen, selbst wenn das Grundstück seinen Besitzer wechselt. Je mehr "Huasipungos" einer Estancia angeschlossen sind, um so höher ist deren Verkaufswert.

Sahara, Arabien - Stätten des Sklavenhandels

Die klassische Sklaverei ist vor allem in der Sahara und in einigen arabischen Ländern verbreitet. Sie ist in der Gesellschaftsordnung zahlreicher Wüstenstämme, wie der Tuaregs und der Tedans, verankert. Die Struktur dieser primitiven Gesellschaften besteht gewöhnlich aus folgenden Klassen: An der Spitze steht eine Art von Adel, dessen hauptsächliche Beschäftigung in der Viehzucht (Kamele) sowie in Raubzügen auf Vieh und Sklaven liegt. Darunter befindet sich die Klasse der "Harathin", die den Boden kultiviert und einen Teil der Ernte abliefern muß. Folgt die Gruppe der Handwerker - wie etwa Schmiede -, die zwar verachtet sind, aber nicht als Sklaven betrachtet werden. Als unterste Schicht kommen die den Arbeitsgeräten und anderen Besitztümern gleichgestellten Sklaven; sie können verkauft und mißhandelt werden. Diese gesellschaftliche Einteilung hat absoluten Charakter bei den im Norden, auf algerischem Gebiet, ansässigen Tuaregs, während ihre südlichen Stammesbrüder in der Republik Mali Bauern sind und keine derartigen Probleme mehr stellen.

Regelrechte Sklavenmärkte gibt es auf der arabischen Halbinsel; bekannt ist vor allem derjenige von Taiz (einem Gebirgsdorf in Jemen).

Sowohl die jemenitischen wie die saudi-arabischen Behörden haben den Sklavenhändlern seit einiger Zeit den Kampf angesagt, folglich werden die Geschäfte immer mehr "unter der Hand" getätigt. Der Bericht anerkennt die Schwierigkeiten der Landesbehörden, ein derart ausgedehntes Territorium genau zu kontrollieren, und stellt den Umstand fest, daß die freigelassenen Sklaven für den Staat größere Probleme aufwerfen als die Sklaverei an sich. Die Sklaverei existiert übrigens nicht nur in den erwähnten Gebieten. Sie wird zum Beispiel auch in abgelegenen Dörfern der Philippineninseln Mindanao und Sulu praktiziert.

Einen authentischen Beweis für das Überleben des Sklavenhandels bietet die sogenannte "Pilger-Route" durch Afrika nach Arabien. Die Menschenhändler begeben sich auf den schwarzen Kontinent, wo sie unter dem Vorwand, eine Pilgerreise nach Mekka zu unternehmen, einheimische Domestiken engagieren, denen sie gute Behandlung und Rückkehr in die Heimat versprechen. Gewöhnlich geht die Reise dann durch die Sahara, den Niger, den Tschad oder den Sudan bis zu einem isolierten Ort an der Küste des Roten Meeres. Von dort transportiert man die "Reisebegleiter" auf kleinen Schiffen nach Arabien hinüber, in den Hadschas, wo sie als Sklaven verkauft werden.

Unangenehme Fragen

Unter dem Begriff "Sklaverei" versteht der UNO-Bericht auch die Verheiratung von jungen Mädchen ohne deren Einverständnis, was gewöhnlich mit der Bezahlung einer Ablössungssumme verbunden ist. Die mit der Abfassung des Berichtes an den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO beauftragte Persönlichkeit, der Ägypter Dr. Mohamed Awad, hat allen Regierungen einen Fragebogen zugehen lassen, der 15 Punkte betreffend die verschiedenen Arten von Sklaverei und die legalen Aspekte in den einzelnen Staaten umfasst. Leider haben gerade eine Reihe solcher Länder, deren Stellungnahme von besonderem Interesse wäre - wie Saudi-Arabien, Jemen oder Algerien -, nicht geantwortet. Ebenfalls nicht geantwortet haben Peru, Bolivien und Paraguay, obwohl die Existenz der "Huasipungo"-Leibeigenschaft in diesen Ländern notorisch ist, während ein anderes betroffenes Land, nämlich Ecuador, einen vorbildlichen Lagebericht nach Genf sandte. Einige Regierungen geben unumwunden zu, daß es in ihrem Land noch Sklaven gibt und daß der Grund dafür in den bestehenden Traditionen oder in der Armut gewisser Bevölkerungsschichten liegt.

Bezeichnend sind die lakonischen Antworten der Regierung des Tschad. Frage: Gibt es noch Sklaverei oder ähnliche Praktiken im Land? Antwort: Ja. - Welcher Natur? Verheiratung, Frauentransfer, Vererbung. - Was sind die Gründe dieser Praktiken? Die Tradition. - Welche Schwierigkeiten stellen sich der Eliminierung der Sklaverei entgegen? Keine. - Welche Schritte hat die Regierung zu ihrer Eliminierung unternommen? Keine.